

Deutsche Wirtschaft 1983/84

Allmähliche Erholung mit vielerlei Gefährdungen und unverändert hoher Arbeitslosigkeit

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, studierte Volkswirtschaft. 1952 wurde er Referent im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) des DGB. Er ist heute Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“.

Die meisten westlichen Industriestaaten sind dabei, sich allmählich von der größten und am längsten andauernden Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren zu erholen. Am weitesten ist der Erholungsprozeß in den USA und in Japan fortgeschritten. Aber auch in der Bundesrepublik wurde der tiefste Punkt des Rezessionstals in den ersten Monaten des gerade vergangenen Jahres 1983 durchschritten. Seitdem war im ganzen eine langsame Verbesserung der Lage unserer Volkswirtschaft zu beobachten. Das Bild, das die Konjunktur im Verlauf des Jahres 1983 bot, war nicht so dunkel, wie es von wohl allen Konjunkturbeobachtern Ende 1982/Anfang 1983 gemalt worden war.¹ Es hellte sich im Jahresverlauf mehr und mehr auf.

Folgt der Erholung ein Aufschwung?

Dennoch ist Vorsicht bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Daten geboten. Niemand kann heute wirklich sagen, ob das noch zarte Pflänzchen der wirtschaftlichen Erholung so kräftig ist, daß daraus ein starker Baum des wirtschaftlichen Aufschwungs wird. Denn es haben 1983 einige Sondereinflüsse eine wesentliche Rolle gespielt, und es ist eine offene Frage, ob der von ihnen ausgegangene Anstoß stark genug für eine weitere Belebung sein wird.

Merkwürdigerweise handelte es sich dabei vor allem um zwei Vorgänge, die eigentlich nicht in das Konzept der amtlichen konservativen Wirtschaftspolitik hineinpaßten und deren konjunkturbelebende Wirksamkeit von „angebotspolitisch“ orientierten Wirtschaftspolitikern und -Wissenschaftlern meist bestritten wurde. In beiden Fällen gingen nämlich die Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung von einer Nachfrageausweitung aus. Einmal ging die Verbrauchernachfrage nicht, wie es Anfang 1983 allseits angenommen worden

¹ Günter Pehl: Deutsche Wirtschaft 1982/83 ... Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 12/1982, S. 758 ff.

war, zurück; sie weitete sich vielmehr - allerdings infolge geringeren Sparens - aus. Zum anderen stieg die Investitionsnachfrage zum großen Teil als Folge der noch von der Bundesregierung Schmidt 1982 beschlossenen Investitionszulage. Wie wird sich die von der Regierung Kohl intensivierte nachfragebeschränkende und Arbeitslosigkeit schaffende „Sparpolitik zur falschen Zeit“ auswirken, nachdem diese Sondereinflüsse fortgefallen sind?

Wirtschaftsvoraussagen für das Jahr 1984 sind auch deshalb so unsicher wie kaum zuvor, weil die weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen und Verwerfungen immer noch vorhanden sind. Wahrscheinlich wird es bei den extrem hohen Zinssätzen, vor allem in den USA, bleiben - inwieweit wird dadurch der Erholungsprozeß gefährdet werden? Wird der Aufschwung in den USA von längerer Dauer sein oder ist er in Gefahr, durch die extrem hohen Haushaltsdefizite mit der Folge eines starken öffentlichen Kreditbedarfs und hoher Zinsen abgewürgt zu werden? Wird sich die Verschuldungskrise der Dritten Welt, die zu einer Krise des Weltwährungs- und des Weltfinanzsystems werden kann, hemmend auf die weltweite Konjunktur auswirken? Diese offenen Fragen machen die Risiken deutlich, mit denen jede Wirtschaftsprognose für 1984 behaftet ist.

Eines aber ist leider sicher: Selbst wenn die Konjunkturerholung 1984 weitergeht, wird die Massenarbeitslosigkeit nicht abnehmen, sondern vielleicht sogar noch ansteigen; jedenfalls solange sie nicht wirksam bekämpft wird. Dies aber hat die Bundesregierung bisher unterlassen. Statt ein Programm zusätzlicher und gezielter - Arbeitsplätze schaffender - öffentlicher Investitionen, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, in Angriff zu nehmen, vertraut sie auf die sogenannten Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft und nimmt damit die Massenarbeitslosigkeit als unabänderlich in Kauf. In ihrer Finanzplanung rechnet sie selbst 1987 noch mit unveränderten Arbeitslosenzahlen. Aber die Regierung Kohl ist nicht nur beschäftigungspolitisch untätig, sie bekämpft vielmehr auch noch die gewerkschaftlichen Bestrebungen, durch tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen.

Die konjunkturelle Erholung spiegelte sich 1983 in den Vierteljahresergebnissen der amtlichen Sozialproduktberechnung wider. In jedem Quartal des Jahres 1982 war das reale (von Preissteigerungen bereinigte) Bruttosozialprodukt niedriger gewesen als ein Jahr zuvor. Auch im 1. Vierteljahr 1983 blieb das reale Bruttosozialprodukt noch um 0,4 Prozent unter dem im gleichen Vorjahreszeitraum erwirtschafteten Sozialprodukt. Dann setzte die Aufwärtsbewegung ein. Die gesamtwirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik - das ist das reale Bruttosozialprodukt - war im 2. Vierteljahr 1983 um 0,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor, im 3. Vierteljahr 1983 um 1,7 Prozent. Für das 4.

Quartal lagen, als dieser Bericht geschrieben wurde, noch keine Zahlenangaben vor; wahrscheinlich ist die Wachstumsrate eher noch größer gewesen als im 3. Vierteljahr.²

1983: Ein Prozent reales Wachstum

Für das ganze Jahr 1983 ergibt sich eine reale Zunahme des Bruttosozialprodukts gegenüber 1982 von rund 1 Prozent³. Im Jahre 1982 war das Sozialprodukt, verglichen mit dem Vorjahr, noch um 1,1 Prozent geschrumpft. Trotz des erfreulichen Wiederanstiegs im Jahre 1983 war aber der reale Wert des Sozialprodukts immer noch etwas niedriger, als er im Jahre 1980 war. Dies ist ein Ausdruck für die Stärke und Dauerhaftigkeit der nunmehr zu Ende gehenden Rezession.

Firmenpleiten, Stilllegungen von Betrieben und Betriebsstellen, mangelnde Aufträge und scharfe Rationalisierung führten insgesamt zu einer um 2 Prozent verringerten Erwerbstätigenzahl. Die Produktivität (Produktion je Erwerbstätigenstunde) stieg 1983 um nicht weniger als um 3 Prozent an. Infolgedessen nahm die Massenarbeitslosigkeit 1983 erheblich zu. Sie stieg um fast ein Viertel an - von 1,83 Mill Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1982 auf rund 2,28 Mill im Durchschnitt des Jahres 1983.

2,28 Mill Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1983

Ein großer Teil von ihnen lebt zur Zeit unterhalb der Armutsgrenze. Weniger als die Hälfte der registrierten Arbeitslosen erhalten zur Zeit Arbeitslosengeld und etwa ein Drittel erhalten überhaupt keine Unterstützung. 1983 dürften zwischen 1,6 und 2 Millionen Menschen zwar arbeitslos gewesen sein, aber mangels Leistungsansprüchen und Vermittlungschancen von der Arbeitslosenunterstützung „ausgegrenzt“ worden sein. Dies ergibt sich auf Grund einer Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben und deren Ergebnisse Ende November veröffentlicht worden waren.

Doch diesen Menschen wurde - und wird - die Solidarität der Gesellschaft von den Herrschenden verweigert. Die konservative Regierungsmehrheit in Bonn lehnt nicht nur jede beschäftigungspolitische Aktivität ab, vielmehr hat sie die Leistungen für Arbeitslose und für Sozialhilfeempfänger empfindlich

² Dieser Bericht wurde am 15. Dezember 1983 abgeschlossen.

³ Diese und die folgenden Daten für 1983 mußten geschätzt werden, da die statistischen Angaben, die bei der Abfassung dieses Berichts vorlagen, nur bis Ende Oktober reichten. Bei der Schätzung wurden vor allem das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW-Wochenbericht vom 27. 10. 1983), die Prognose 1983/84 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI-Mitteilungen, H. 11/1983) und das Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Bundestagsdrucksache 10/669) berücksichtigt.

beschnitten und außerdem durch ihre „Sparpolitik zur falschen Zeit“ zusätzliche Arbeitslosigkeit geschaffen. Die Bundesregierung, ihre Koalition, die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sowie ihre publizistischen Helfer empfinden über jede in den öffentlichen Haushalten eingesparte und die Neuverschuldung mindernde Milliarde Genugtuung und die meisten von ihnen - alle freilich sehr gut dotiert und abgesichert - fordern noch erheblich stärkere Einsparungen. In Wirklichkeit versündigen sie sich an Millionen von Menschen in unserem Volk. Sie verdrängen, daß die Sparpolitik zur falschen Zeit, die Streichung von Stellen, Einstellungsstop und der Wegfall oder die Kürzung von öffentlichen Aufträgen an die Wirtschaft neue Arbeitslosigkeit schaffen. Und wer, wie die Bundesregierung, beschäftigungswirksame zusätzliche öffentliche Investitionsprogramme ablehnt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß ihm das Schicksal der Arbeitslosen und der vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedrohten Arbeitnehmer ziemlich gleichgültig ist.

Rigoreuse Sparpolitik zur falschen Zeit

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Niemand kann mit guten Gründen gegen eine sparsame Verwendung unserer Steuergelder und gegen ein Maßhalten im Schuldenmachen sein. Das Tempo der staathchen und kommunalen Neuverschuldung muß allmählich abgeschwächt und die öffentlichen Haushaltsdefizite müssen nach und nach abgebaut werden. Aber es kommt entscheidend auf das Ausmaß und den richtigen Zeitpunkt der Sparpolitik an. Die Rigorosität, mit der während einer wirtschaftlichen Krisenzeit Haushaltseinsparungen vorgenommen wurden - und noch werden -, wirkt sich verheerend auf die Beschäftigung aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat überschlägig berechnet, daß sich die negativen Beschäftigungswirkungen der restriktiven Finanzpolitik in den Jahren 1983 und 1984 auf eine Größenordnung von jährlich 150000 bis 200000 Erwerbspersonen summieren.⁴

Mit am stärksten betroffen vom Abbau der Defizite in den öffentlichen Haushalten wurden die Bauinvestitionen der Gemeinden. Sie waren 1983 um rund ein Fünftel niedriger als 1980. Schaltet man die Preissteigerungen aus, in realer Rechnung also, ergibt sich sogar ein Rückgang um etwa ein Viertel. Anders ausgedrückt: Die Gemeinden hätten 1983 zusätzlich knapp 9 Mrd DM benötigt, um ihre Bauinvestitionen wieder auf den realen Stand von 1980 bringen zu können. Das wäre im wahren Wortsinn notwendig gewesen, denn die kommunalen Bauinvestitionen, die immerhin zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen ausmachen, wirken in besonderem Maße arbeitsplatzschaffend.

⁴ Restriktionskurs behindert wirtschaftliche Entwicklung, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 22. 9. 1983.

Bautätigkeit nahm langsamer als erwartet zu

Von den öffentlichen Haushalten gingen 1983 negative Wirkungen auf die Baukonjunktur aus. Dagegen stiegen die gewerblichen Bauinvestitionen wieder etwas an, wobei die Ausweitung der Bautätigkeit von Bundespost und Bundesbahn eine besondere Rolle spielte. Die zuvor durch die Rezession besonders gedrückte Wohnungsbautätigkeit belebte sich 1983 anfangs zögerlich, im weiteren Jahresverlauf, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, aber beträchtlich. Dabei wirkten der Fristablauf für die steuerliche Förderung von Modernisierungs- und energiesparenden Vorhaben sowie die erhebliche zusätzliche staatliche Förderung des Eigenheimbaus (zusätzlicher Schuldzinsenabzug) nachfragebelebend. Allerdings rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nicht damit, daß die von der Bundesregierung erwartete Zahl von zusätzlich 70000 bis 100000 Wohnungen erreicht werden wird; „es werden höchstens 45 000 sein“ - mit entsprechend niedrigeren Beschäftigungswirkungen.⁵ Der Grund liegt vor allem darin, daß das Programm weder der sozialen Struktur der Wohnungsuchenden noch den regionalen Ungleichgewichten auf dem Wohnungsmarkt gerecht wird. Gefördert wird nur der ohnedies hochsubventionierte Eigenheimbau.

Insgesamt waren die Bauinvestitionen 1983 real um knapp 1,9 Prozent höher als 1982. Dies ist fast völlig auf die Belebung in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen, während die Bautätigkeit im ersten Jahresdrittel noch stagnierte. Wie tief übrigens der Einbruch in der Bauwirtschaft während der letzten Rezession war, läßt sich daran erkennen, daß die realen Bauinvestitionen 1983 trotz des Wiederanstiegs noch um 7,2 Prozent unter dem Stand von 1980 lagen.

Überraschende Belebung bei den Ausrüstungsinvestitionen

Auch die realen Ausrüstungsinvestitionen waren 1983 noch um fast 5 Prozent niedriger als 1980. Dies obwohl das Volumen der Ausrüstungsinvestitionen 1983 gegenüber 1982 um rund 5,5 Prozent zugenommen hat. Daß gerade von den Ausrüstungsinvestitionen 1983 ein so beachtlicher Anstoß auf die Konjunkturentwicklung ausgehen würde, war in den Prognosen vor Jahresfrist nicht erwartet worden. Tatsächlich hat sich die noch von der Bundesregierung Helmut Schmidt eingeführte befristete Investitionszulage (Bestellungen bis Ende 1982, Auslieferungsfrist endet 1983) belebend auf Aufträge und Produktion der Investitionsgüterindustrie ausgewirkt.

⁵ Restriktionskurs behindert wirtschaftliche Entwicklung, a.a.O., S. 471.

Verbraucher sparten weniger

Noch eine andere Sonderentwicklung hat 1983 wesentlich zur Erholung der Wirtschaft beigetragen: Während alle Konjunkturbeobachter Ende 1982 mit einem Rückgang rechneten, hat sich der private Verbrauch, vor allem im 1. Halbjahr, ausgeweitet: real 1983 gegenüber 1982 um 1 Prozent. Der nominale Zuwachs des privaten Verbrauchs betrug 4 Prozent. Das sind erstaunliche Raten, wenn man bedenkt, daß die Arbeitnehmer 1983 erneut einen Rückgang ihrer realen Nettolöhne und -gehälter hinnehmen mußten und daß die Zahl der Beschäftigten im Jahresvergleich um rund 2 Prozent abnahm und die aus dem Erwerbsprozeß Ausgeschiedenen ein niedrigeres Einkommen, sei es Rente oder Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe, erhielten. Die Erklärung liegt darin, daß weniger als zuvor gespart und wieder etwas mehr auf Verbrauchercredit gekauft wurde. Dabei haben sowohl das Freiwerden größerer Beträge aus prämiengünstigten Sparverträgen als auch die zeitweilig -Anfang 1983 - rückläufige Zinshöhe eine Rolle gespielt. Die Sparquote (Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen) ging jedenfalls von 13 Prozent im Jahre 1982 auf 12 im Jahre 1983 zurück. Das machte fast 10 Mrd DM aus und entsprach allein schon einer Zunahme des privaten Verbrauchs um 1,1 Prozent.

Hätten die Verbraucher und damit auch die Arbeitnehmer als größte Verbrauchergruppe 1983 nicht weniger als zuvor gespart, hätte der private Verbrauch allenfalls stagniert. Denn die Nettolohn- und -gehaltssumme war 1983 (mit 507,5 Mrd DM) nicht größer als 1982. Da die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum um 2 Prozent abgenommen hatte, war das Nettoarbeitseinkommen je Arbeitnehmer 1983 aber um rund 2 Prozent höher als 1982 (der Bruttolohn stieg um 3 Prozent an).

Die Verbraucherpreise lagen im Durchschnitt des vergangenen Jahres 1983 um rund 3 Prozent über dem Vorjahresstand, wobei die Tendenz fallend war; im Januar 1983 betrug die Teuerungsrate noch 3,9 Prozent, im November war sie auf 2,6 gesunken. Die niedrige Preissteigerungsrate gehört zur positiven Seite der Jahresbilanz 1983. 1982 betrug die Teuerung noch 5,3 Prozent, seit 1970 wurde eine so niedrige Jahresrate nicht mehr erreicht; damals lag sie bei 3,3 Prozent. Die Bundesrepublik gehörte auch 1983 zu den preisstabilsten Ländern der westlichen Welt.

1983 Reallohnminderung um 1 Prozent

Aus dem durchschnittlichen Anstieg des Nettoarbeitseinkommens je beschäftigten Arbeitnehmer von 2 und der Steigerung der Verbraucherpreise um 3 Prozent ergibt sich für 1983 eine Reallohnminderung von rund 1 Prozent.

Der Kaufkraftverlust war allerdings niedriger als 1982; damals machte er 2,2 Prozent aus. 1983 war das vierte Jahr, in dem die Arbeitnehmer hintereinander eine Minderung ihres realen Nettoverdienstes hinnehmen mußten. Im Vergleich zu 1979, als es zuletzt eine Zunahme des Realeinkommens gab, war die Kaufkraft der Nettoarbeitsverdienste 1983 um 5 Prozent niedriger. Man muß bis auf das Jahr 1977 zurückgehen, um einen - freilich mit plus 1 Prozent nur geringen - Anstieg des Realeinkommens feststellen zu können.

Leider gibt es über die Unternehmergewinne und ihre Entwicklung im Gegensatz zu den Löhnen und Gehältern kein klares Bild. Die amtliche Statistik ist auch im 35. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik noch immer nicht in der Lage, die reinen Unternehmergewinne auszuweisen. Sie erscheinen in der Volkseinkommensrechnung zusammen mit den Vermögenseinkommen als eine Größe „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“. Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute schätzen, daß diese Bruttoeinkommen 1983 um 10,5 bis 11 Prozent gestiegen sind, nachdem sie bereits 1982 ebenfalls überproportional um 6,2 zugenommen hatten. Der Sachverständigenrat nimmt an, daß die reinen Unternehmergewinne kräftiger zugenommen haben; zu einer Zahlenangabe sieht er sich aber nicht in der Lage. Für 1982 rechnete er mit einem Gewinnanstieg von rund 8,5 bei einer Zunahme der „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ von 6,2 Prozent.

1983 ein Jahr der Gewinnexplosion

Geht man auch 1983 von diesem Verhältnis aus - und die Ausführungen des Rates über andere in dieser Größe enthaltene Einkommen (u. a. auch die der Freiberufler und die der Landwirte - Tz. 143) rechtfertigen diese Annahme -, dann ist ein Anstieg der reinen Unternehmergewinne (brutto) im Jahre 1983 von mindestens 15 Prozent wahrscheinlich. Da die Steuerbelastung der Gewinne abgenommen hat, dürften die Nettogewinne sogar noch stärker gestiegen sein. Diese Schätzung deckt sich mit Annahmen über die Gewinnentwicklung 1983, die die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank) bereits im September 1983 veröffentlicht hatte. Auf der Grundlage einer Analyse von 58 führenden börsennotierten Unternehmen schätzte die Bank für 1983 einen Gewinnanstieg von durchschnittlich 20 Prozent voraus.

Es überrascht und man mag es kaum glauben, aber aus den vorhandenen Zahlenangaben wird es offenbar: 1983, das Jahr der großen Massenarbeitslosigkeit war zugleich, insgesamt betrachtet - bei großen Unterschieden von Branche zu Branche -, ein Jahr der Gewinnexplosion. Die Wirtschaftsverbände und auch die Bundesregierung bemühen sich, diese Entwicklung

dadurch zu relativieren, daß sie auf die starken Gewinneinbrüche zu Beginn der achtziger Jahre hinweisen. Doch dürften diese inzwischen ausgeglichen sein. Wenn in einigen Monaten genauere Angaben vorliegen werden, wird man wahrscheinlich feststellen, daß mit Ausnahme des guten Gewinnjahres 1979 in keinem Jahr zuvor die Gewinne absolut so hoch gewesen sind wie 1983.

Zu der sehr guten Gewinnsituation hat wesentlich beigetragen, daß die Lohnkosten je Produkteinheit 1983 so gut wie nicht gestiegen sind. Auch die anderen Kosten erhöhten sich kaum. Andererseits stiegen aber die Preise für Güter und Dienste, die die Unternehmen verkauften, um rund 2,4 Prozent (ohne Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung - Sachverständigen-Gutachten 1983/84, Tz. 154). Die Gewinne je Stück verbesserten sich also erheblich. Außerdem nahm die abgesetzte Gütermenge erstmals wieder zu. Hinzu kamen eine Reihe von Steuererleichterungen für die Unternehmen; der Sachverständigenrat schätzt sie für 1983 auf rund 3 Mrd DM (Tz. 230). Schließlich hat die Mehrheit der Wähler den Unternehmern im März 1983 eine konservative Bundesregierung beschert, so wie sie sie sich gewünscht hatten.

Nachfrageexpansion brachte die Erholung

Man sollte also meinen, 1983 wären die sogenannten „Rahmenbedingungen“ für die Unternehmer so günstig gewesen wie lange nicht; dies ganz im Sinne der konservativen „Angebotspolitiker“ gesehen, also jener Menschen, die meinen, man müsse vor allem die Ertragslage der Unternehmen bessern, und dann würde der Aufschwung schon kommen.

Merkwürdigerweise verlief die Entwicklung 1983 ganz anders. Sie bestätigte die der Bonner Wirtschaftspolitik entgegengesetzte Auffassung, u. a. des DGB, daß es einer massiven Förderung der Nachfrage bedarf, um einen Aufschwung einzuleiten. Denn die gegenüber den Erwartungen besseren Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Jahre 1983 beruhten hauptsächlich auf einer unerwartet hohen Verbrauchernachfrage und einer noch von der sozialliberalen Koalition beschlossenen Förderung der Investitionsnachfrage. Im übrigen: Die Hauptursache für die beachtliche konjunkturelle Erholung in den USA, die unserer Wirtschaft sehr zugute kam, waren die nachfragebelebenden, extrem hohen Haushaltsdefizite in den USA - was immer man zu Recht gegen sie einwenden mag (wir werden darauf zurückkommen). Lord Keynes ließ über den Ozean grüßen.

Export fiel als Konjunkturmotor aus

Anders als in früheren Konjunkturzyklen fiel der Export diesmal als Motor eines erneuten Aufschwungs aus. Im 1. Halbjahr 1983 war die Ausfuhr sogar

real um fast 2,5 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt des Jahres 1983 war der Welthandel real nicht stärker als 1982 gewesen, damals war er gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent geschrumpft. Allerdings setzte im Laufe des Jahres 1983 ein Umschwung ein. Die wirtschaftliche Belebung in den USA, in Japan und in anderen westlichen Industriestaaten führte zu einem Wiederanstieg des Welthandels. Davon profitierte insbesondere auch die bundesdeutsche Exportwirtschaft, zumal ihre Wettbewerbsfähigkeit wegen der günstigen Kostenentwicklung und der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar anstieg. In der zweiten Jahreshälfte kam das Ausfuhrgeschäft wieder in Schwung. In den letzten Monaten stiegen die Aufträge aus dem Ausland an deutsche Firmen kräftig. Davon haben vor allem die Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern, zuletzt aber auch die Investitionsgüterindustrie profitiert.

Diese erfreuliche Belebung der Auslandsnachfrage schlägt sich allerdings noch nicht in den Exportergebnissen des gesamten Jahres 1983 nieder: Die Ausfuhr war kaum höher als 1982; real war sie sogar um 1 bis 1,5 Prozent niedriger. Der Ausfuhrüberschuß dürfte 1983 mit etwa 45 bis 46 Milliarden DM niedriger als 1982 (51,5 Mrd DM) gewesen sein. Wenn dennoch die Leistungsbilanz wahrscheinlich einen Überschuß von etwa der gleichen Höhe wie 1982 (8,5 Mrd DM) ausweisen wird, dann lag das vor allem daran, daß im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland (z. B. im Reiseverkehr) das Defizit 1983 erheblich niedriger war als 1982.

Versuch einer Voraussage für 1984

Die erfreuliche Zunahme der Auslandsaufträge in den letzten Monaten wird sich natürlich im neuen Jahr positiv auswirken - und damit sind wir bei dem Versuch einer Voraussage für 1984. So wie die Rezession weltweit war und die Beschäftigungskrise immer noch weltweit ist - so hat die wirtschaftliche Erholung im vergangenen Jahr 1983 auch weltweit eingesetzt. Sie ist wirklich kein Verdienst der Regierung Kohl oder der konservativen Koalition in Bonn. „Vorreiter sind und bleiben (vielmehr) die Vereinigten Staaten und Japan" (Gutachten des Sachverständigenrats 1983/84, Tz. 252).

Internationale Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds, schätzen, daß sich das Welthandelsvolumen 1984 um 3 bis 4 Prozent ausweiten wird - nach einem Rückgang um 2 Prozent im Jahre 1982 und einem Stillstand 1983. Etwa im gleichen Ausmaß - um 3,5 bis 4 Prozent - wird die deutsche *Ausfuhr* 1984 real zunehmen; dies schätzen Wirtschaftsforschungsinstitute und Sachverständigenrat voraus. Das mag realistisch sein, wenn man bedenkt, daß einerseits die extrem hohe Überbewertung des Dollars dem deutschen Aus-

fuhrgeschäft zugutekommt, andererseits aber auf der Palette des deutschen Exportangebots Investitionsgüter einen breiten Platz einnehmen, die Investitionstätigkeit jedoch, wie überhaupt die Erholung, gerade bei unseren wichtigsten Handelspartnern noch schwach ist. Immerhin waren vier von unseren fünf wichtigsten Handelspartnern, nämlich Frankreich, Italien und die Benelux-Länder, mit einem Anteil von rund 38 Prozent an unserem Gesamtexport zum Jahreswechsel allenfalls erst am Beginn einer Erholung.

Nach den Prognosen der Institute und des Sachverständigenrates wird, neben der Ausfuhr, die *Investitionstätigkeit* die andere wirtschaftsbelebende Kraft im Jahre 1984 sein. Die Institute rechnen für 1984 mit einem realen Wachstum von 4 bei den Ausrüstungsinvestitionen und von 4,5 Prozent bei den Bauinvestitionen; der Sachverständigenrat nimmt Zunahmen von 5,5 bzw. 7 Prozent an.

Nimmt man indessen die Ergebnisse der neuesten vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommenen Umfrage über die Investitionsplanung - allerdings nur - der Industrieunternehmen zur Hand, dann wird man mindestens die Sachverständigen-Prognose als zu optimistisch ansehen müssen. Denn nach der repräsentativen Umfrage des Ifo-Instituts planen die Industrieunternehmen für 1984 nur einen Zuwachs ihrer Investitionsausgaben um nominal 3 Prozent. Schaltet man die Preissteigerungen aus, dann würden die Investitionen der Industrie 1984 kaum höher sein als 1983. 42 Prozent der Unternehmen wollen 1984 nicht mehr investieren als 1983, nur ein Drittel plant höhere Investitionen, während ein Viertel weniger Geld in neue Anlagen und Maschinen stecken will.

53 Prozent der Unternehmen nennen die *Rationalisierung* als Ziel der Investition. Bei einem Viertel sollen alte Anlagen ersetzt werden, was faktisch auch eine Rationalisierung bedeutet. Nur 22 Prozent der Firmen wollen ihre Produktionsmöglichkeiten ausweiten. Diesem reichlichen Fünftel an Arbeitsplätze schaffenden Industrieinvestitionen stehen also fast vier Fünftel entgegen, durch die tendenziell Arbeitsplätze beseitigt werden. In der Industrie jedenfalls dürfte 1984 die Zahl der Beschäftigten erneut eher ab- als zunehmen.

Auch die *Bautätigkeit* in der gewerblichen Wirtschaft wird demnach allenfalls geringfügig wachsen, und die Bauaufträge der öffentlichen Hand werden wahrscheinlich 1984 eher nochmals abnehmen. Die Erwartungen in einen beginnenden Aufschwung in der Bautätigkeit gründen sich ausschließlich auf die tatsächliche Belegung des Wohnungsbaus im jetzt abgelaufenen Jahr. Sie ist, wohlgemerkt, das Ergebnis zusätzlicher staatlicher Förderung. Da diese

sich aber auf den Eigenheimbau beschränkt, der Mietwohnungsbau für die breiten Massen und in den Ballungsgebieten davon ausgeschlossen ist, ist Skepsis hinsichtlich der geschätzten Zuwachsraten angebracht.

Alle Konjunkturbeobachter sind sich darin einig, daß weder der staatliche noch der private Verbrauch 1984 konjunkturell bewegende Kräfte sein werden. Bei den Staatstätigkeiten - öffentlicher Verbrauch und Investitionen - ist dies sogar von der konservativen Wirtschaftspolitik gewollt. Was den *privaten Verbrauch* anbelangt, so ist es unwahrscheinlich, daß 1984 ebenso wie 1983 erheblich weniger gespart wird und davon belebende Sondereinflüsse auf die Konjunktur ausgehen werden. Mehr als im vergangenen Jahr wird 1984 die Entwicklung des privaten Verbrauchs parallel zur Einkommensentwicklung verlaufen. Die reale Zuwachsrate des privaten Verbrauchs wird für 1984 auf 1 (Institute) bzw. 1,5 Prozent (Sachverständigenrat) geschätzt.

Die Steigerung der *Bruttolohn- und -gehaltssumme* wird von den Instituten für 1984 auf 3 Prozent, die der Nettoeinkommen auf 2 Prozent geschätzt. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 3 Prozent angenommen, so daß die reale Nettolohn- und -gehaltssumme sogar noch um 1 Prozent gegenüber 1983 sinken wird. Dagegen wachsen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dieser Schätzung 1984 abermals weit überproportional an, nämlich brutto um 7,5 und netto um 9 Prozent.

Auf den einzelnen Arbeitnehmer bezogen, schätzten die Wirtschaftsforschungsinstitute, daß die Arbeitseinkommen je Beschäftigten 1984 brutto um 3,5 und netto um 2,5 Prozent höher sein werden als 1983. Das bedeutet einen erneuten Kaufkraftverlust für den einzelnen Arbeitnehmer, und zwar in Höhe von rund 0,5 Prozent, denn es wird, wie bereits erwähnt, ein Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 3 Prozent erwartet. In dieser Voraussage ist die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht berücksichtigt.

1984: Prognose von gut 2 Prozent hat die größte Wahrscheinlichkeit für sich

Die Voraussagen darüber, um wieviel 1984 das Bruttosozialprodukt preisbereinigt (real) größer sein wird als 1983, differieren zwischen 1,5 Prozent (WSI des DGB) und 3 Prozent (Institut für Weltwirtschaft). Dazwischen liegen die Prognosen der Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute mit 2 und des Sachverständigenrats mit 2,5 Prozent. Aus heutiger Sicht scheinen die meisten Anzeichen für ein reales Wachstum von 2 Prozent oder etwas mehr im Jahresdurchschnitt 1984 zu sprechen.

Nachdem die Fahrt aus dem Rezessionstal erst einmal begonnen hat, setzt sie sich in der Regel eine Weile fort. Dabei spielen psychologische Momente eine wichtige Rolle. So kann es sein, daß schon die Zeichen der Erholung anregend wirken. Dennoch reichen die positiven Tendenzen bisher jedenfalls noch nicht aus, um einen sich selbst tragenden kräftigen Wirtschaftsaufschwung zu entfalten. Außerdem gibt es Entwicklungen und Gegebenheiten, die den Erholungsprozeß gefährden könnten. Dadurch ist für 1984 jede Voraussage mit so großen Unsicherheiten behaftet wie selten zuvor. Es handelt sich vor allem um folgende Risiken:

1. Es gibt keine begründete Hoffnung, daß die weltweit extrem hohen Zinssätze 1984 sinken werden. In der Bundesrepublik lag der - seit dem Frühjahr noch gestiegene - Zinssatz für langfristig angelegtes Kapital im November 1983

bei durchschnittlich 8,5 Prozent. Das ergibt, nachdem der Anstieg der Verbraucherpreise abgezogen ist, einen für deutsche Verhältnisse extrem hohen Realzins von gut 5,5 Prozent. Dies ist ein Investitionshemmnis ersten Ranges. Denn bei einem derart hohen Zinssatz sind - zumal bei den derzeit unbefriedigenden Kapazitätsauslastungen und den vielfach immer noch schlechten Absatzerwartungen - Anlagen in Wertpapieren meist ertragreicher als Investitionen in Sachanlagen - da könnten die „Rahmenbedingungen“ für die Unternehmer noch so gut sein - selbst wenn völlig auf Lohnerhöhungen verzichtet würde.

2. Die Zinsentwicklung bei uns ist eng mit der in den USA verknüpft; die USA haben die internationale Zinsführerschaft. Nichts spricht zur Zeit dafür, daß die im Vergleich zur Bundesrepublik noch erheblich höheren Zinssätze in den USA in den nächsten Monaten sinken werden. Denn die Hauptursache der extrem hohen US-Zinsen sind zur Zeit die enormen Defizite im amerikanischen Bundeshaushalt, die fast 200 Mrd Dollar betragen und damit etwa 6 Prozent des Bruttosozialprodukts in den USA (das Defizit im deutschen Bundeshaushalt macht gut 2 Prozent aus). Der zur Deckung nötige hohe Kreditbedarf der US-Regierung treibt den Zinssatz hoch, zumal die Amerikaner viel weniger sparen als z. B. die Deutschen; die Sparquote liegt in den USA zur Zeit bei knapp über 4 Prozent (Bundesrepublik: 12). Die hohen US-Zinssätze ziehen ausländisches Kapital in die USA. Insofern finanzieren die Europäer die US-Haushaltsdefizite und damit die enorm steigenden Rüstungsausgaben mit und bezahlen dies mit einem Ausfall an Sachinvestitionen und mit Arbeitslosigkeit.

3. Die hohen US-Zinssätze tragen zu einer Überbewertung des US-Dollars bei. Mitte Dezember erreichte der Dollar mit 2,79 DM einen Kurs, der fast dem Stand zu Beginn der Wechselkursfreigabe in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern (Gruppenfloating) am 19. 3. 1973 entsprach.

Wegen der seitdem höheren Preissteigerungen in den USA bedeutet dies allerdings eine Überbewertung des Dollars, die Experten auf 20 bis 25 Prozent einschätzen. Ein derart „falscher“ Wechselkurs der wichtigsten Weltwährung gefährdet aber auf die Dauer den Welthandel, z.B. dadurch, daß die Preise für viele in Dollar abgerechnete Güter - dazu gehört das Öl - überhöht sind.

4. Besonders schlimm wirkt die Überwertung des Dollars auf die hochverschuldeten Nicht-Öl-Entwicklungsländer, da sie für ihre Tilgungs- und Zinszahlungen um jeden Preis US-Dollars benötigen. Dieser Zwang führt natürlich ebenfalls dazu, daß der Dollar überbewertet bleibt. Hier kann nicht näher auf die Ursachen der internationalen Verschuldungskrise eingegangen werden, insbesondere darauf, daß sie in erster Linie sowohl eine Folge der Ölpreisexplosionen - die plötzlichen und extrem hohen Zahlungsbilanzüberschüsse der Öl-Länder (OPEC-Staaten 1980 rund 115 Mrd Dollar) und ihre Rückführung in das internationale Bankensystem führten zu einer ungehemmten und unkontrollierten Kreditvergabe von heftig konkurrierenden Geschäftsbanken an die Entwicklungsländer - als auch der nachfolgenden weltweiten Zinsüberhöhung ist.

Diese Entwicklung hat jedenfalls dazu geführt, daß eine Reihe von Entwicklungsländern 1983 nur noch durch internationale Umschuldungsaktionen vor der völligen Zahlungsunfähigkeit gerettet werden konnten. Diese Aktionen haben zwar relativ gut funktioniert, doch ist damit die internationale Verschuldungskrise mit ihren Gefahren für Welthandel, Weltwährungssystem und Weltfinanzsystem noch nicht gebannt. Immerhin betrug die Verschuldung der Entwicklungsländer (ohne OPEC-Staaten) 1983 rund 650 Mrd Dollar, das war etwa ein Drittel ihrer Wirtschaftsleistung.

5. Einige Konjunkturbeobachter sehen die weltwirtschaftliche Erholung 1984 auch „durch die unberechenbare Geldpolitik der Notenbanken“ in den Industrieländern gefährdet, so das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Nachdem die Notenbanken, allen voran die amerikanische, ab Mitte 1982 die Weichen so gestellt hatten, daß die Geldmenge sich ausweiten konnte - wodurch ein deutlicher Anstieg der Nachfrage erfolgte -, befürchten sie nunmehr einen erneuten Inflationsanstieg. Deshalb beginnen sie jetzt, auf die Geldbremse zu treten.

Restriktive Geld- und Finanzpolitik gefährden die Erholung

Auch die Bundesbank schnürt wieder ein enges Korsett für die Geldmenge. Der Zentralbankrat beschloß Mitte Dezember, das Wachsen der Zentralbankgeldmenge im Verlaufe des Jahres 1984 innerhalb eines Zielbandes von 4 bis 6

Prozent zu begrenzen. Nach Ansicht von Experten bedeutet dies, übers Jahr gesehen, „eine beinharte, restriktive Geldpolitik“ (Kommentar im Handelsblatt vom 14. 12. 1983, S. 2). Damit könnte das Wirtschaftswachstum nicht reibungslos finanziert werden. „Schon gar nicht dürfte damit der gerade anspringende deutsche Investitionsmotor auf Touren gebracht werden können, womöglich noch bei steigenden Zinsen. Die Folgen für Beschäftigung und Wachstum kann sich jeder selbst ausrechnen.“

Die Folgen werden um so größer sein, als die restriktive Geldpolitik mit einer Finanzpolitik zusammenfällt, die einseitig auf einen drastischen Abbau der Haushaltsdefizite ausgerichtet ist. Würden die Haushaltsansätze für 1984 und in den folgenden Jahren gemäß der Finanzplanung bis 1987 verwirklicht, dann gingen allein dadurch vom Staat wachstumseinschränkende Einflüsse in der Größenordnung von jährlich rund 15 Mrd DM aus, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kürzlich ermittelt.⁶ Daraus ergeben sich „jährliche durchschnittliche Wachstumsverluste von über einem Prozentpunkt. Eine Konsolidierung, die nur zu Lasten der Beschäftigung erreicht wird, ist fragwürdig“, kommentiert das Institut in kühlem wissenschaftlichem Ton einen Vorgang, der, politisch gesehen, schlechthin ein Skandal ist:

Der Staat verweigert den Arbeitslosen und den Arbeitnehmern nicht nur einen aktiven Beitrag zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, indem er es ablehnt, durch gezielte beschäftigungswirksame Programme Mehrnachfrage zu schaffen - er schränkt durch seine stupide Sparpolitik zur falschen Zeit (mit überzogenem Defizitabbau) vielmehr auch noch die volkswirtschaftliche Nachfrage ein und schafft neue Arbeitslosigkeit. Natürlich nicht an ihren Reden, aber an ihren Taten - besser an ihren Unterlassungen - muß man leider erkennen, daß der konservativen Bonner Wirtschaftspolitik das Schicksal der Arbeitslosen - deren Zahl auf 2,25 bis 2,5 Millionen im Jahresdurchschnitt 1984 geschätzt wird - ebenso wie das Schicksal der um ihren Arbeitsplatz besorgten Arbeitnehmer ziemlich gleichgültig ist.

⁶ Basisannahmen der Finanzpolitik nicht konsistent, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 15. 12. 1983, speziell S. 616.

Auf der Seite 778 des Heftes 12/83 hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es muß in der Zeile 28 „entlassungsbedrohten Werftarbeitern“ heißen und nicht „entlassungsbereiten“.